

„Diese unbändige Freude haben viele heute verloren“

Ist mit der Wiedervereinigung wirklich zusammengewachsen, was zusammengehört? Alt-Bundespräsident Christian Wulff kann Menschen verstehen, die das bezweifeln. Kein Verständnis hat er hingegen für extremistische Parteien und deren Wähler.

Von Karsten Kammholz

Herr Wulff, wie gut können Sie sich an den Abend des 9. November 1989 erinnern, als die Mauer fiel?

Christian Wulff: Es war ein Donnerstag. Ich war sehr überwältigt davon, wie schnell sich die Menschen nach der Äußerung von Günter Schabowski in der Pressekonferenz auf den Weg zu den Grenzübergangsstellen machten und den Übergang einforderten. Damals war ich CDU-Fraktionsvorsitzender im Osnabrücker Stadtrat. Am 11. November bekamen wir dann die erste kleine Herausforderung im Rathaus, nämlich das Begrüßungsgeld von 100 D-Mark auszugeben. Wir mussten uns bei der Spielbank Bargeld leihen. Es bleibt einfach unvergesslich, die Bürger allen Alters aus der DDR wie selbstverständlich treffen zu können.

Haben Sie sich auch auf den Weg gemacht – in den Osten?

Wulff: Ich bin mit dem Auto auf der A 2 über Helmstedt in die DDR gefahren und habe dann später in Greifswald erste intensive politische Gespräche geführt. Die Erwartung an die Unterstützung aus dem Westen war größer als das, was wir zu leisten imstande waren. Aber eine Druckmaschine und Papier bewegten schon viel.

Hätten Sie in diesen Tagen nach dem Mauerfall für möglich gehalten, dass Ost und West elf Monate später wieder ein Land sind?

Wulff: Das war anfangs überhaupt nicht vorstellbar. Es gab zuerst noch die Diskussion um eine Sonderzone mit Rücksicht auf die Sowjetunion. Aber als Helmut Kohl am 28. November 1989 sein Zehn-Punkte-Programm im Bundestag vorstellte, wusste ich, dass die Einheit kommen und niemand sie mehr würde aufhalten können.

Ging dieser Prozess zu schnell?

Wulff: Gerade weil alles so schnell ging, ist dieser Prozess der Wiedervereinigung bis heute für mich ein Vorbild. Fenster in der Geschichte schließen sich manchmal auch schnell wieder. Das zeigt doch: Wir können als Staat die Dinge unter Hochdruck verändern, wenn wir wollen. Das sollten wir auch nicht vergessen, wenn wir Flughäfen bauen oder Gesetze zum Klimaschutz erarbeiten.

Ist der 9. November der bessere Feiertag als der 3. Oktober – oder sollte er zusätzlich eingeführt werden?

Wulff: Der 9. November ist so vielfältig geschichtsträchtig, dass er als Feiertag nicht in Frage kommt. Er ist in hohem Maße auch Geden- und Trauertag. Der absolut perfekte Nationalfeiertag wäre für mich der 23. Mai. Mit Inkrafttreten des Grundgesetzes an diesem Datum vor 70 Jahren wurde gleichsam unser Land demokratisch neu gegründet. Die Autoren unserer demokratischen Verfassung hatten bereits Europa und eine mögliche Wiedervereinigung vorgedacht. Wir sollten daher am 23. Mai alljährlich ein Fest feiern, das diese historische Leistung jedes Jahr aufs Neue würdigt. Die Debatte, wann wir unser Land feiern wollen, ist völlig legitim. Aber der 9. November könnte angesichts der Reichspogromnacht am 9.11.1938 nie fröhlich begangen werden. Anders dagegen der 23. Mai. Er manifestiert das „Nie wieder“: Nie wieder Krieg, Gewaltherrschaft, Diskriminierung von Minderheiten, sondern Freiheit und Rechtsstaatlichkeit.



Gab es vor 30 Jahren ein verbindendes Gefühl zwischen Ost und West, das heute fehlt?

Wulff: Damals haben wir die Freiheit gefeiert: zu reisen, sich zu besuchen, überall studieren zu können, alles werden zu können, unabhängig davon, was die Partei zulässt. Diese unbändige Freude über die Freiheit, auch die Meinungsfreiheit, haben viele heute fast vollständig verloren. Dafür haben manche das Gefühl, dass alte Zwänge durch neue ersetzt worden seien.

Was ist da passiert?

Wulff: Ein Problem ist: In der DDR wurden Parteien diskreditiert. Es gab die SED und die



Alt-Bundespräsident Christian Wulff bei seinem Besuch in Mannheim in der Augustaanlage.
BILDER: BLUETHNER

Blockparteien. Es lag danach den meisten Ex-DDR-Bürgern fern, in eine Partei einzutreten. Aber Parteien sind die Brücke zwischen Politik und Bevölkerung. Im Osten haben die Parteien heute katastrophal geringe Mitgliederzahlen. Sachsen hat 4,2 Millionen Einwohner, die dortige CDU etwas über 10 000 Mitglieder. Da kann die Partei nicht einmal alle kommunalen Mandate besetzen. Es hätte seit der Wende ein ganz anderes Engagement von uns allen geben müssen, die Bürger in die Parteien und in die Verantwortung zu holen.

Die Ostdeutschen fanden sich über Nacht in einem neuen Staat wieder, für die Westdeutschen änderte sich quasi nichts. Hätte man die Wiedervereinigung anders angehen können?

Wulff: Wir hätten durchaus mehr hinschauen müssen, was im Osten relativ erfolgreich war. Es gab die banalisierte Ampelmännchen-Debatte. Aber ja, die Ampelmännchen im Osten sahen sympathischer aus als die im Westen. Klar hätten wir die bundesweit einführen können. Es gab in der DDR einige gute Ideen, von denen alle profitiert hätten: polytechnische Schulen mit der Verzahnung von schulischer und technischer Bildung, Gesundheitsstationen mit Facharztpraxen. Das war vom Ansatz her interessant. Wir hätten bei der Wiedervereinigung demnach manche Idee übernehmen können, ohne sofort in Kommunismus-Verdacht zu geraten. So kam es aber nicht. Die DDR-Bürger haben sich am Ende wohl nicht ganz zu Unrecht angeschlossen und nicht vereint gefühlt. Das Selbstwertgefühl hat auf jeden Fall gelitten.

Die Ostdeutschen wählen anders als die Westdeutschen. Inzwischen hat die AfD im Osten locker die 20-Prozent-Marke überschritten. Haben Sie dafür eine Erklärung?

Wulff: Es ist ein Ursachenbündel. Es gab vor allem in den neuen Bundesländern seit 1989 so viele Veränderungen, dass es heute eine gewisse Remittenz gegen Veränderung gibt. Wenn sich alles verändert hat, sagt man irgendwann: Jetzt ist es auch mal gut. Nach dem Motto: erst die aus dem Westen, jetzt die Flüchtlinge. Es gibt enorme Unterschiede in

Gebürtiger Niedersachse

■ Christian Wulff wurde 1959 in Osnabrück geboren.

■ Der studierte Jurist war von 2010 bis 2012 der zehnte Bundespräsident Deutschlands.

■ Zuvor war Wulff von 2003 bis 2010 für die CDU Ministerpräsident von Niedersachsen.

■ Als Staatsoberhaupt trat der Niedersachse im Februar 2012 wegen der „Wulff-Affäre“ zurück. Zuvor hatte die Staatsanwaltschaft Hannover wegen des Verdachts der Vorteilsnahme die Aufhebung seiner Immunität beantragt.

■ Bei einem anschließenden Gerichtsverfahren wurde Wulff freigesprochen. red



Christian Wulff (r.) im Gespräch mit Redaktionsmitglied Karsten Kammholz.

der Sozialisation. Da hilft es nicht einmal, dass die Kriminalität abnimmt. Viele im Osten haben früher keiner Statistik geglaubt und tun es heute auch nicht. Es wird Generationen brauchen, bis sich die Verhältnisse angleichen.

Aber warum profitiert dann ausgerechnet die AfD, die keine Antworten auf die drängenden Fragen liefert?

Wulff: Die AfD vermittelt das Gefühl, dass früher alles besser gewesen sei, was schlicht nicht stimmt. Und sie tut so, als könne sie dafür sorgen, das Rad zurückzudrehen. Die AfD

bedient gerade in den neuen Ländern all das, was wir überwinden müssen: vor allem die Angst vor Fremden. Dabei ist doch erwiesen, dass gerade das Zusammenbringen von Menschen das beste Instrument gegen Vorurteile ist. Was die Erfahrungen mit Menschen mit Zuwanderungsgeschichte angeht, gibt es große Unterschiede zwischen Dörfern in Thüringen und Dörfern im Südwesten Deutschlands.

Wenn die AfD weiter wächst, kommt irgendwann Regierungsverantwortung auf sie zu. Halten Sie das für möglich?

Wulff: Das ist eine bedrückende Frage. Was macht eine Demokratie, wenn Feinde der Demokratie eine demokratische Mehrheit erlangen? Was kann die Justiz bis zum Bundesverfassungsgericht dann aufbieten, um die Demokratie zu schützen? Hätte die AfD auf Dauer die Mehrheit im Bundestag, würde sie auch Richterwahlen beeinflussen. Wer die Demokratie erhalten will, muss aktiv die Parteien wählen, die die offene, liberale Gesellschaft erhalten wollen. Illiberale Demokratien gibt es ebenso wenig wie schwarze Schimmel.

In manchen Kommunen übernimmt die AfD bereits Verantwortung.

Wulff: Ich hoffe, dass sich alle demokratischen Parteien von Extremisten fernhalten. Wir können nach Gründen suchen, warum die AfD gewählt wird. Aber wir dürfen kein Verständnis dafür haben, dass man sie wählt. Alle kennen die Rhetorik dieser Partei. Alle kennen das Spiel mit nationalsozialistischen Formulierungen und die bewussten Anlehnungen an die NS-Zeit.

Sie reisen viel durchs Land, halten Vorträge, sprechen mit unterschiedlichsten Akteuren aus Gesellschaft und Politik. Zeit für eine Bestandsaufnahme: Wie geht's Deutschland?

Wulff: Nach den objektiv verfügbaren Zahlen geht es uns besser als jemals zuvor. Aber die schlechte Stimmung und die große Angst vor der Zukunft müssen wir ernst nehmen. Deswegen geht es Deutschland nicht gut, weil trotz aller objektiv positiven Daten die Stimmung im Land miserabel ist.

Ist die Politik dafür verantwortlich?

Wulff: Ich wünsche mir mehr Erklärungen der politischen Führungen: zum Wandel der Industrien, zur Stabilität des Euro, zur Digitalisierung, zur Verkehrsinfrastruktur, zum Klimaschutz. Und tatsächlich mehr Anerkennung der Bürger für die Leistung der Politiker. In der Welt werden wir um unsere Lage beneidet.

Wir sehen staunend zu, wie China wirtschaftlich, innovativ und politisch zur klaren Weltmacht geworden ist. Wo ist da Deutschlands Rolle?

Wulff: Deutschland kann nur über Europa im Konzert der Weltmächte mitspielen. Der europäische Binnenmarkt ist durch die Einbeziehung von Südkorea, Japan und demnächst sogar Südamerika schon jetzt mit Abstand der größte Binnenmarkt der Welt. Deutschland hat da als Hauptnutznießer von Exportmöglichkeiten eine Riesenchance wahrgenommen, Arbeitsplätze in unserem Land zu sichern. Deutschland sollte eine Allianz der Demokratien von Kanada über afrikanische Demokratien und Europa bis Australien formen, um neben Weltmarktinteressen ein echtes Gegengewicht bei den Vereinten Nationen zu bilden. Ohne eine wachsende Einheit Europas werden wir zwischen den USA und China zerschissen.

Sie sind in diesem Jahr 60 Jahre alt geworden. Hat dieser runde Geburtstag etwas mit Ihnen gemacht?

Wulff: Ja, ich glaube schon. Bei jedem runden Geburtstag frage ich mich, was ich hätte anders machen können und was ich noch machen will. Man kann eher uralt werden, wenn man viele Ziele und weiter Ideale hat. Ich habe mir viel vorgenommen für die nächsten Jahre. Eines meiner Vorbilder ist ja Jimmy Carter, der 95 Jahre alt ist. Er hatte eine kurze Amtszeit als US-Präsident und war danach viel wirkungsvoller.

Wie fällt Ihre persönliche Bilanz aus?

Wulff: Ich bin unendlich dankbar, dass ich erleben durfte, dass man mit Engagement viel bewegen kann. Zu meiner Lebensbilanz möchte ich sagen: An den entscheidenden Stellen habe ich richtig gehandelt. Ich habe ein sehr aktives Leben. Und bin mit mir im Reinen: Auch neun Jahre nach meiner Rede mit dem Satz, dass der Islam inzwischen auch zu Deutschland gehöre, würde ich heute noch jeden Satz von damals genauso wiederholen. Die Wahrung des Zusammenhalts in einer vielfältigen und bunten Republik ist tatsächlich die größte Aufgabe.

Dieser Satz wird mit Ihrer Amtszeit verbunden. Fluch oder Segen?

Wulff: Wenn man wie ich eine zu kurze Amtszeit hatte, ist es doch gut, wenn man zumindest mit einem Satz in Erinnerung bleibt und Debatten auslöst.

Gibt es Ziele, die sie noch erreichen wollen?

Wulff: Ich möchte weiter für ein weltoffenes Deutschland arbeiten. Ich möchte Menschen mit vorgefertigten Meinungen überzeugen können, ihre Meinungen zu überdenken, und ihnen neue Sichtweisen aufzeigen und Mut machen.

Sehen Sie sich als Demokratie-Lehrer?

Wulff: Ich sehe mich als Akteur in einem Kräftespiel, an dem die Ränder zu viel Aufmerksamkeit auf sich ziehen. Ich bin ein Akteur der Mitte und will die Mitte wieder stärken. Ich gehöre zu der offenbar gerade kleiner gewordenen Gruppe, die weiß, was wir den Parteien zu verdanken haben, die dieses wunderbare Land seit Jahrzehnten tragen – auf allen Ebenen.

Haben Sie Ihre Rolle gefunden?

Wulff: Ich habe absolut meine Rolle gefunden. Meine Arbeit macht mir ganz große Freude. Es ist auch einfacher für mich, ohne die Bürde des Amtes agieren zu können. Als Bundespräsident spricht man für den ganzen Staat und unter größter Aufmerksamkeit. Jedes Wort hat Gewicht. Als Präsident des deutschen Chorverbandes oder Vorsitzender der Deutschlandstiftung Integration trage ich aber auch zum Zusammenhalt bei.